

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Bundesbank - GATT - UN-
Seerechtskonvention - DDR - Polen**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: Bundesbank - GATT - UN-Seerechtskonvention - DDR - Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 12, pp. 581-582

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135744>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesbank

Geldpolitik 1983

Die Bundesbank hat ihre geldpolitische Strategie für 1983 festgelegt und veröffentlicht: Im Jahresverlauf soll die Zentralbankgeldmenge um 4 % bis 7 % ausgeweitet werden. Dabei wird ein Wachstum des Produktionspotentials um 1,5 % bis 2 % und ein unvermeidbarer Preisanstieg von 3,5 % zugrundegelegt. Die mittlere Verlaufsrate stimmt mit dem Vorschlag der Wirtschaftsforschungsinstitute überein und liegt nur um einen halben Prozentpunkt über dem des Sachverständigenrats. Die Bestimmungsgrößen werden von ihnen gleichwohl unterschiedlich interpretiert.

Das Wachstum des Produktionspotentials ist in den letzten Jahren rezessionsbedingt auf 1,5 % zurückgegangen; dies schreibt der Sachverständigenrat fort und fordert die Bundesbank auf, auch für 1983 den monetären Spielraum auf das reduzierte Potentialwachstum abzustimmen. Die Institute sehen die Gefahr, daß mit einer solchen Geldpolitik das reale Wachstum monetär beschränkt und die wirtschaftliche Schwäche perpetuiert wird. Nicht das rezessionsbedingt gedrückte, sondern das bei „normaler“ Investitionstätigkeit zu erwartende Potentialwachstum soll Richtschnur einer mittelfristig stetigen Geldpolitik sein.

Das so definierte Potentialwachstum liegt bei 2 % bis 3 %. Die Zielvorgabe der Bundesbank wird dem zwar nur knapp gerecht, dafür bemißt sie den nur mit hohen Kosten zu vermeidenden Preisanstieg unerwartet großzügig mit 3,5 %. Zwar wird der Orientierungswert des Geldmengenziels wieder unnötig durch die festgelegte Bandbreite und durch taktische Vorbehalte eingeschränkt, dennoch ist eine Geldpolitik eingeläutet, die zu steigender Wirtschaftsaktivität paßt. ws

GATT

Mangelnde Konsensfähigkeit

Die Ministerkonferenz des GATT war ein Fehlschlag. Die Schlußerklärung blieb nicht nur vage und unverbindlich, sondern wurde durch eine parallel dazu abgegebene „Interpretation“ der EG noch zusätzlich verwässert. Besorgniserregend ist dabei nicht so sehr, daß es in hochgespielten Einzelproblemen wie vor allem den

Agrarsubventionen der EG nicht zu einer Einigung kam. Damit konnte nicht ernsthaft gerechnet werden. Zu denken gibt aber die mangelnde Konsensfähigkeit in grundlegenden Fragen, so vor allem darüber, ob der Protektionismus gewissermaßen ein ungewolltes Kind der Rezession ist oder aber diese selbst entscheidend mitverursacht. Außerdem hat das GATT als Ordnungsrahmen für den Welthandel weiter an Prestige eingebüßt.

Die Entwicklungsländer werden nun ihre Anstrengungen verstärken, die UNCTAD als Gegenorganisation zum GATT aufzubauen. Gleichzeitig erhalten Regionalisierungstendenzen Auftrieb. So wurde in Genf die Idee einer von Tokio bis Wellington sich erstreckenden Präferenzzone im Pazifischen Raum wieder hervorgeholt. Brasilien und die USA haben am Rande der Konferenz bilaterale Handelsvereinbarungen getroffen. Und die EG hat auf dem anschließenden Gipfeltreffen in Kopenhagen zu einer Stärkung der Gemeinschaftspräferenz aufgerufen. Im Klartext heißt dies, daß die „liberalen“ EG-Staaten – Bundesrepublik Deutschland, Niederlande und Dänemark – auf einen protektionistischen Gemeinschaftskurs gegenüber Drittländern, allen voran Japan, eingestimmt werden sollen. Die Bundesregierung wäre gut beraten, dabei nicht mitzuspielen, zumal die guten Vorsätze für eine Wiederbelebung des Gemeinsamen Marktes sich unter dem Eindruck wachsender Ungleichgewichte im innergemeinschaftlichen Handel – das französische Defizit im Handel mit der Bundesrepublik z. B. ist derzeit dreimal so groß wie das gegenüber Japan – schnell wieder verflüchtigen könnten.

ko

UN-SEERECHTSKONVENTION

Vielfältige Bedenken

Am 10. Dezember wurde in Kingston/Jamaika nach über neunjährigen Verhandlungen die Neue UN-Seerechtskonvention von mehr als 100 Staaten unterzeichnet. Zu den wichtigsten nicht unterzeichnenden Ländern gehörte neben den USA und Großbritannien auch die Bundesrepublik. Diese Länder setzten ihre Unterschrift nur unter die Schlußakte, um sich weitere Optionen offenzuhalten.

Die Bedenken gegen die Seerechtskonvention sind vielfältig und insgesamt gerechtfertigt. Nur die geplante Neuregelung des internationalen Seeverkehrs ist ak-

zeptabel. Die Regelungen auf dem Gebiet der Fischerei und der Nutzung des Festlandssockels – hier wurden die Verfügungs- und nationalen Eigentumsrechte der Küstenstaaten auf 200 bzw. 350 Seemeilen ausgedehnt – führen zu einer eindeutigen Benachteiligung der Länder ohne lange Küsten bzw. ohne fischreiche Fanggründe vor den eigenen Küsten. Knappheitsrenten und protektionistische Zugangsbeschränkungen werden die Folge sein. Der verbleibende Rest der Weltmeere soll durch eine internationale Meeresbodenbehörde mit Regiebetrieb planwirtschaftlich verwaltet werden. Eine wirtschaftliche Nutzung der Bodenschätze in Form des Tiefseebergbaus wird damit nicht möglich sein. Noch schwerwiegender ist jedoch die Befürchtung, daß mit der Meeresbodenbehörde der Einstieg in eine von den Entwicklungsländern geforderte „Neue Weltwirtschaftsordnung“ vollzogen werden könnte.

Von einem Beitritt der Bundesrepublik zur Seerechtskonvention ist also abzuraten. Sie sollte vielmehr mit den USA, Großbritannien und den anderen nicht unterzeichnenden Staaten versuchen, alternative marktwirtschaftliche Modelle einer Meerespolitik zu entwickeln. Dies ist die einzige Chance und besser als der Beitritt zu einer Konvention, in der man schließlich doch nur überstimmt und von der wirtschaftlichen Nutzung der Meeresressourcen ausgeschlossen wird. kw

DDR

Wachstum für den Export

Die Volkskammer der DDR verabschiedete am 3. Dezember den Volkswirtschaftsplan für das kommende Jahr. Demnach soll sich die DDR auch 1983 inmitten der mit schweren Gleichgewichtsproblemen kämpfenden übrigen RGW-Partnerstaaten als eine Insel der Stabilität zeigen. Berücksichtigt man die das wirtschaftliche Wachstum begrenzenden Faktoren, nämlich den weitgehend geräumten Arbeitsmarkt, die unzureichende bzw. einseitige Energie- und Rohstoffbasis, den Rückstand im technologischen Niveau sowie die auch weiterhin ungelösten Probleme im Außenhandel, so ist das beabsichtigte Wachstum des Gesamtprodukts in Höhe von 4,2 % bemerkenswert.

Allerdings hängt die Realisierung der insgesamt hochgesteckten Ziele u. a. von einer starken Leistungsbereitschaft der erwerbstätigen Bevölkerung ab, die aber auch 1983 am Wirtschaftswachstum nur zum Teil partizipieren soll. So sollen sowohl die Einzelhandelsumsätze als auch die Netto-Geldeinnahmen der Bevölkerung nur um 3 % steigen; dies sind die niedrigsten Planraten seit Honeckers Machtantritt 1971. Die ange-

strebte Expansion der Produktion, vor allem in der Industrie, soll bei weiter drastisch zurückgehenden Investitionen (um ca. 8 % gegenüber 1982) erreicht werden.

Während das produzierte Nationaleinkommen um 4,2 % wachsen soll, wird die inländische Verwendung also leicht sinken. Der Produktionszuwachs soll somit auch im kommenden Jahr in den Export gehen, um die hohen Außenhandelsbilanzdefizite weiter abzubauen. Vor dem Hintergrund der Devisenbilanz wird diese „Roßkur“ zwar verständlich, es bleibt aber offen, ob die DDR bei einer weiter fallenden Investitionsquote die dringend benötigten Produktivitätsfortschritte allein durch Modernisierung und Rekonstruktion, den weiter zu verstärkenden Eigenbau von Rationalisierungsmitteln sowie erhöhte Kontrollen erreichen kann. pl

POLEN

Bilanz des Kriegsrechts

„Operation gelungen, Patient liegt im Koma“. Mit diesen Worten könnte man nach einem Jahr Kriegsrecht in Polen Bilanz ziehen. Zwar ist es vorläufig gelungen, den politisch organisierten Widerstand gegen die verkrustete Partei- und Staatsbürokratie auszuschalten. Dies geschah aber zu Lasten der Wirtschaftsreform und einer schnellen Überwindung der Wirtschaftskrise. So wird das erzeugte Nationaleinkommen allen Hoffnungen des Militärregimes zum Trotz abermals rückläufig sein, und zwar um 4-6 %. Der Produktionsrückgang in der Industrie konnte nicht gestoppt werden. Bei den „Erfolgen“ im Steinkohlebergbau handelt es sich um eine Scheinblüte, die ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte. Sie wurde mit enorm hohen Kosten erkauft. Dafür sind die diesjährigen Bergwerkskatastrophen ein trauriger Beleg.

Das Kriegsrecht hat das Hauptproblem der Wirtschaft nicht lösen können, sondern eher verschärft: Der Teufelskreis aus Import-, Produktions-, Export- und abermaligem Importrückgang konnte nicht durchbrochen werden. 1982 wurden 35 % weniger Rohstoffe und Halbwaren aus dem Westen importiert. Daß bei rückläufigen Exporten überhaupt ein Überschuß von ca. 800 Mill. Dollar im Westhandel erzielt werden konnte, ist allein den gestiegenen Steinkohleausfuhren zu verdanken. Dafür ist das Defizit im Handel mit der UdSSR gestiegen.

Der Schlüssel für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme liegt im politischen Bereich. Solange nicht eine tiefgreifende Wirtschafts- und Verfassungsreform erfolgt ist, wird der polnische Patient weiter im Koma liegen. gab